

Erklärung der Initiative Zivilcourage vom 12.02.14:

Protestierende Obdachlose erfahren Kriminalisierung und Abweisung!

Gestern protestierten etwa 100 Personen kraftvoll gegen die 0°-Regelung des Münchner Kälteschutzprogrammes. Die Kundgebung von obdachlosen Münchner_innen, viele von ihnen aus Bulgarien, und ihren Unterstützer_innen fand vor der Einrichtung der Inneren Mission in der Schillerstr. 25 statt. Hier bekommen Obdachsuchende ihren Schlafplatz zugeteilt – oder werden bei Plustemperaturen abgewiesen.

Verantwortlich zeichnet allerdings die Stadt München, an die sich die Forderungen der Protestierenden¹ auch richten:

- die Öffnung der Notschlafstelle des Münchner Kälteschutzprogramms während der gesamten Winterperiode auch bei Plustemperaturen
- die Notschlafstelle tagsüber zu öffnen
- Möglichkeit der Anmeldung und Postadresse bei Obdachlosigkeit
- Finanzierung von MVV-Tickets zur Schlafstelle
- Ausgabe von genügend Decken
- einen ganzjährigen Aufenthaltsraum/„workers center“ im Bahnhofsviertel

„Bei einem Grad muss ich auf der Strasse schlafen! Ich bin schon krank, das gefährdet mein Leben! Auch meinen Job habe ich verloren. Heute fordere ich, als Mensch behandelt zu werden!“ sagt Hristo P., dem sein Job als Reinigungskraft bei einem Münchner Großunternehmen gekündigt wurde aufgrund seiner prekären Lebenssituation, für die sich die Stadt nicht verantwortlich sah.

Dabei ist die Stadt sogar gesetzlich verpflichtet, alle Menschen, die in München wohnungslos sind, unterzubringen.[²]

So steht München mit dieser Regelung auch alleine da: andere Städte wie Hamburg, Berlin, Rom, etc. schützen den ganzen Winter gegen Kälte. Auch hier finden aber Proteste statt: In Hamburg etwa fordert eine Kampagne u.a. des Caritasverband Hamburg und der Straßensozialarbeit der Diakonie die ganztägige Öffnung.[³]

Auch in München wurde der Protest spontan unterstützt von der Vorsitzenden des Ausländerbeirats Nükhet Kivran, dem Bayerischen Flüchtlingsrat, der Erwerbsloseninitiative IGEL und vielen weiteren Personen und Einrichtungen.

Nur die Innere Mission verteidigte die menschenunwürdige Abschreckungspolitik der Stadt: In ihrer Pressemitteilung vom 11.02.14⁴ reden sie von „Verdrängungseffekten“ und davon, dass sie durch eine Verweigerung von Obdach gegen Arbeitsausbeutung

1 Das Flugblatt der protestierenden Obdachlosen: <http://inizivi.antira.info/2014/02/07/kundgebung-fur-unterkunft-auch-uber-0-wohnraum-fur-alle/>

2 Dazu die BAG Wohnungslosenhilfe: „Noch immer verkennen oder ignorieren sehr viele Städte und Gemeinden in Deutschland, dass auch für Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit – und zwar völlig unabhängig vom Herkunftsland – diese polizei- bzw. ordnungsrechtliche Unterbringungspflicht besteht. Sie ist abgeleitet aus den Menschenrechten im Grundgesetz und kann nicht durch Hinweis auf knappe Unterbringungskapazitäten oder eine angeblich andere örtliche Zuständigkeit ausgehebelt werden“. (Positionspapier Migration von 2013, S.3) hier: http://bagw.de/de/publikationen/pos-pap/position_migration.html

3 <http://www.hinzundkuntz.de/winternotprogramm-muss-tagsuber-offen-bleiben/>

4 <http://www.im-muenchen.de/presse/print.php?prid=532>

vorgingen. Voller Hohn spiegelt sich hier die von Presse und und Politiker_innen geschürte Angst vor sogenannten Armutsmigrant_innen. Sie spaltet zwischen „wahren“ und „falschen“ Münchner_innen, deren Armut relevant scheint oder eben nicht. Und eine Bekämpfung von Arbeitsausbeutung geht augenscheinlich anders. Denn Obdachlosigkeit treibt in unterbezahlte und unsichere Jobs - ein Dach über dem Kopf und eine Postanschrift hingegen helfen, faire Arbeit zu finden und zu behalten. Die Stadt München duldet die auf ihren Straßen existierende Armut durch die blauäugige Politik der Abschreckung nicht nur, sondern schafft sie auch erst.[⁵]

Dass die Innere Mission als soziale Einrichtung sich gegen die legitimen Forderungen von Armut betroffener Menschen richtet, Grundbedürfnisse und Menschenrechte zu befriedigen, ist uns unverständlich. Wieso haben sie sich nicht, wie ihre Kolleg_innen in Hamburg, hinter ihre Klient_innen gestellt?

Ebenso unverständlich sind uns die Versuche der Kriminalisierung des Protest⁶ auf Grundlage einer ominösen Twitternachricht, die im Internet unauffindbar bleibt, und eines angeblich zitierten Gesprächs⁷, das so nie stattgefunden hat. Zur Klarstellung: Niemals war eine „Besetzung“ oder ein „Hungerstreik“ in Planung.

Leider war ein Effekt dieser Gerüchte, dass dem Inhalt und den Forderungen der Kampagne weniger Aufmerksamkeit galt. Wir fordern eine Aufklärung, wie es zu dieser diffamierenden Sicherheitseinschätzung kam!

In der Münchner Unterbringungspolitik, ihrer Verteidigung und an vielen Punkten mehr zeichnet sich eine politische Grundsatzentscheidung ab: Weg von einer Sozial- (und Integrations-)Politik, hin zu Abschreckung, rassistischer Ausgrenzung und einer aktiven Förderung von Armut? Die "Weltstadt mit Herz" muss sich fragen, ob sie das wirklich will.

Bei Rückfragen: inizivi@gmx.de

5 Die folgenden Zahlen zeigen das Ausmaß der so geschaffenen Armut in München: Zwischen Aug 2012 und Okt 2013 wurden 1.009 wohnungslose Haushalte (fast alle nicht-deutsche Unionsbürger_innen), die bei der Stadt Unterbringung beantragten, zurück auf die Straße geschickt. Im Winter 12/13 haben 1.764 Personen in den Räumen des Kälteschutzprogramms geschlafen. Tagsüber und bei über 0 Grad mussten sie (wie auch dieses Jahr) auf die Straße. Dies ist nicht nur rechtswidrig sondern auch menschenverachtend und lebensgefährdend.

6 Hier die Verfügung des KVRs incl. der diffamierenden Gefahreneinschätzung (S.4&5): http://inizivi.antira.info/files/2014/02/Versammlung_Anmeldung11.02.14.pdf

7 Dazu hier mehr: http://inizivi.antira.info/2014/02/12/diffamierung-und-kriminalisierung-der-legitimen-forderungen-obdachloser-munchner_innen-durch-polizei-und-kvr/